



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 09.01.2008

GdP begrüßt die Ankündigungen des Ministerpräsidenten mehr junge Menschen in die Polizei einzustellen. Trotzdem werden bei der Polizei weiter Stellen gestrichen – die Polizei wird also weiter geschwächt!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die gestrigen Verlautbarungen des Ministerpräsidenten, er werde dem CDU/FDP-Kabinett vorschlagen, zwischen 2009 und 2014 jährlich rund 800 junge Menschen bei der Polizei einzustellen, als einen kleinen Schritt in die richtige Richtung.

„Allerdings sind das vorläufig nur Ankündigungen und keine konkrete Beschlüsse. Man könnte mit Blick auf die Vergangenheit auch sagen ‚Luftblasen‘. Vorgestern der Innenminister, gestern der CDU-Fraktionsvorsitzende und danach der Ministerpräsident – immer die gleiche Botschaft. Das gibt Immer eine neue Nachricht. Und die Bürgerinnen und Bürger im Land glauben zum Schluss tatsächlich, dass es immer mehr Polizeibeamtinnen und –beamten im Land gegen wird. Auch wenn die Absichten von Herrn Oettinger richtig sind, muss doch deutlich darauf hingewiesen werden, **dass damit der zum 01.01.2008 begonnene Stellenabbau nicht revidiert wird. Die Polizei wird also weiter geschwächt und nicht gestärkt**, erklärte GdP-Landesvorsitzende, Josef Schneider, dazu heute in Stuttgart.

Schneider: „Hätte der Ministerpräsident einen Beschluss der Landesregierung, den Einstellungskorridor bereits ab 2008 zu schaffen, verkündet, dann wäre er glaubwürdig. Diesen Beschluss könnte die Landesregierung ohne weiteres treffen, weil Ausbildungsstellen dafür zur Verfügung stehen und somit die Tore der Polizeischulen sofort weit öffnen. So aber haben wir ernste Zweifel, ob die gestrige Ankündigung bei den Haushaltsberatungen im nächsten Jahr überhaupt noch eine Rolle spielen wird. Zu viele Versprechen der Landesregierungen für die Polizei wurden in der Vergangenheit nicht eingehalten. Die Polizei des Landes ist heute bereits völlig überlastet und in manchen Landesteilen bereits auch völlig überaltert. Wie wichtig der Landesregierung die Personalsituation der Polizei wirklich ist, zeigt ein Blick in die offizielle Presseerklärung ‚Arbeitsschwerpunkte der Landesregierung‘ vom 08.01.08. Das Thema Innere Sicherheit kommt darin nämlich gar nicht vor. Wir fordern die Landesregierung deshalb erneut zu einer realistischen Bestandsaufnahme auf. In dieser Bestandsaufnahme muss die gesamte Sicherheitslage - von der aktuellen terroristischen Bedrohungslage über einzelne Kriminalitätsphänomene, wie z.B. der kräftig steigenden Jugendgewalt und dem tatsächlichen Aufgabenzuwachs bis hin zur Vielzahl von kriminal- und verkehrspräventiven Notwendigkeiten – dargestellt und den dafür notwendigen und tatsächlich verfügbaren polizeilichen Personalkapazitäten gegenüber gestellt werden. Bloße Ankündigungen helfen da nicht weiter.“

Herausgeber:

**Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2**

71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:

Josef Schneider, Landesvorsitzender, mobil 0171/4669911